



GdP überreicht Landesregierung Forderungen zum Haushalt 2016

Am 20. Juli 2015 tagte die Landesregierung im Landesmuseum Hannover, um über den Haushalt 2016 zu beraten. Die GdP hat gemeinsam mit dem DGB und den anderen Mitglieds-gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – GEW und ver.di – zum Auftakt der Haushaltsklausur der Landesregierung vor dem Tagungsort ihre Forderungen für das Haushaltsjahr 2016 in Form von großen Paketen an den niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider übergeben. Für den DGB und die Mitglieds-gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist klar: Die Landesregierung muss ausreichend Mittel vorsehen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nachhaltig zu verbessern, die Innere Sicherheit zu stärken und den Bildungsbereich besser auszustatten, so der Kern der Botschaft.

Gegenüber den zahlreichen Medienvertretern wurden von unserer Seite die enormen Belastungen dargestellt, denen die Kolleginnen und Kollegen der Polizei täglich ausgesetzt sind. Im Zentrum der Forderungen standen die Notwendigkeit der Vorratseinstellungen in den nächsten Jahren sowie die Schaffung von Perspektiven für die Tarifbeschäftigten sowie die Verwaltungsbeamten/-innen.

Bis 2030 gehen 9500 Polizeibeamtinnen und -beamte und eine Vielzahl von Verwaltungsbeamten/-innen in Pension. Hinzu kommen noch Verrungen von Tarifbeschäftigten. Wir sagen seit Jahren, dass bereits jetzt die Zahl der Studierenden an der Polizeiakademie zwingend erhöht werden muss, um diese Entwicklung kompensieren zu können, da wir uns ansonsten sehenden Auges auf ein personalwirtschaftliches Desaster zubewegen.

Hinzu kommt, dass die Beförderungsperspektiven für die Exekutive besonders von A 9 nach A 10 miserabel sind und die Kolleginnen und Kollegen in Tarif und Verwaltung kaum Entwicklungsmöglichkeiten haben.



Dietmar Schilff überreicht dem Finanzminister Peter-Jürgen Schneider die Forderungen der Gewerkschaft. Foto: JH

Das führt dazu, dass wir immer wieder hochqualifizierte Tarifbeschäftigte sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamte an andere Verwaltungsbereiche verlieren. Polizeiarbeit ist aber nur gemeinsam durch Verwaltung, Tarif und Vollzug möglich. Neben zusätzlichen Beförderungen müssen zwingend für die Beschäftigten in der Verwaltung Perspektiven geschaffen werden, um dauerhaft den hohen Standard der polizeilichen Arbeit sichern zu können.

Die beschlossene Schuldenbremse ist nach – durch zahlreiche Politiker bestätigter – Auffassung des DGB mit den Einzelgewerkschaften in der verabschiedeten Form eine politische Fehlentscheidung. Die Folgen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden. Der Landshaushalt ist strukturell unterfinanziert. Um diese finanzielle Situation nachhaltig zu verbessern, werden langfristig ausreichende Einnahmen benötigt. Dazu sind auf Bundesebene höhere Steuern auf hohe Einkommen, Unternehmensgewinne sowie große Erbschaften und große Vermögen erforderlich.

Der am 21. Juli von der Landesregierung nach der Klausursitzung dargestellte Haushaltsentwurf enthält zwar gute Ansätze für die Innere Sicherheit, weitere Anstrengungen sind aber dringend notwendig. So

sind die 210 zusätzlichen Anwärterstellen für die Polizeiakademie ein erster wichtiger Beitrag, die Auswirkungen der anstehenden hohen Pensionierungen abzufedern. Sie sind aber nicht ausreichend, um die Belastungen der Polizei nachhaltig zu reduzieren.

Die Landesregierung hat darüber hinaus wichtige Investitionsschwerpunkte gesetzt, die den aktuellen politischen Erfordernissen entsprechen. Die zusätzlichen Investitionen in die Flüchtlingsaufnahme sind notwendig. Erfreulich ist dabei, dass die Botschaft, die wir als GdP im Juni 2015 an die Landesregierung herangetragen haben, dass die Landesaufnahmebehörde personell gestärkt werden muss, umgesetzt wurde und darüber hinaus auch die Verwaltungsgerichte Zuwachs erhalten. Ebenso werden die 40 Millionen Euro als Vorsorge für die steigenden Flüchtlingszahlen begrüßt.

Positiv ist auch, dass das Land wieder eine eigene Verwaltungsausbildung durchführt. Die 30 zusätzlichen Anwärterstellen in der Allgemeinen Verwaltung sind ein richtiges und wichtiges Signal. Zustimmung erfährt ebenfalls die geplante Investition für den 1. Teilabschnitt der Leitstelle der Polizeidirektion Hannover.

Klar ist aber, dass die Wertschätzung polizeilicher Arbeit perspektivisch weitere Maßnahmen erfordert. Neben besseren Entwicklungsmöglichkeiten in Verwaltung, Tarif und Vollzug müssen zum Beispiel die seit Langem überfällige Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten durchgesetzt werden.

Die GdP hat schon in der Ferienzeit Gespräche geführt und wird diese nach der politischen Sommerpause konkret mit den Landtagsfraktionen fortsetzen.

**Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender**



Beschwerdestelle – Halbjahresergebnis mit Staats- sekretär Manke und Leiterin erörtert

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe 11/2015 bis zum 26. September 2015.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Christopher Fink
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Seit 1. Juli 2014 gibt es die „Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei“ beim niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Die direkt dem Staatssekretär unterstellte Stabsstelle soll sich entsprechend der Darstellung auf der Internetseite des Innenministeriums um Beschwerden und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei kümmern. Damit soll neben der Beschäftigung mit den konkreten Einzelfällen ein übergreifendes Qualitäts- und Ideenmanagement ermöglicht werden, in das Bürgerinnen, Bürger, Polizei und die übrigen Geschäftsbereiche des Innenministeriums aktiv einbezogen sind.

Die GdP hat sich eindeutig gegen eine Beschwerdestelle ausgesprochen und bleibt bei dieser Auffassung, weil die bis zur Einführung angefallenen Hinweise und auch Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern im direkten Kontakt vor Ort hervorragend bearbeitet worden sind. Dies passiert auch weiterhin täglich. Schwerwiegende Sachverhalte, die strafrechtliche oder disziplinarrechtliche Konsequenzen erfordern, wurden und werden dabei mit Nachdruck bearbeitet.

Im Mai 2015 wurde eine Auswertung der Tätigkeit der Beschwerdestelle im ersten halben Jahr veröffentlicht, die auch schon in den Medien verbreitet wurde. Die GdP hat sich dazu bisher nicht geäußert, da erst einmal die Fälle erörtert werden sollten. Hierbei zeigt sich, dass es insgesamt 341 Eingaben gab, 180 betrafen den Polizeibereich, für die die Beschwerdestelle zuständig ist (verhaltensbezogene Beschwerden, Folgebeschwerden, interne Beschwerden). Davon sind schlussendlich acht Fälle als „Begründet“ übriggeblieben.

Bei diesen acht Fällen wurde seitens des Landesvorsitzenden Dietmar Schilff bei einem von der GdP initiierten Gespräch am 28. Juli 2015 nachgefragt, um was für Sachverhalte es sich dabei handelt. Die Antworten darauf bestätigen noch mehr als bisher die Auffassung der GdP, dass es dieser Stelle nicht bedarf. Es gab keinen einzigen Fall, der schwerwiegend war, der nicht vor Ort hätte bearbeitet werden können und der auch nur ansatzweise

für diese Stabsstelle spricht. Den dort arbeitenden Sachbearbeitern/-innen ist dabei überhaupt kein Vorwurf zu machen, sie machen ihre Aufgabe sehr verantwortungsbewusst und getreu den politischen Vorgaben.

Festzustellen ist, dass die Arbeit der Polizei hoch professionell ist und bei der Bevölkerung anerkannt wird. Gegen ein Ideen- und Qualitätsmanagement, zu dem auch die Bearbeitung von Beschwerden gehört, ist nichts einzuwenden. Das sollte in einer modernen Verwaltung einen festen Platz in der Altersorganisation haben. Eine Beschwerdestelle, dessen Einrichtung maßgeblich aufgrund des bestehenden Misstrauens einiger Weniger gegenüber polizeilichem Einschreiten fußt, ist ausschließlich ideologisch geprägt, hat aber keine Grundlage und somit auch keine Berechtigung.

Dieses Misstrauen zeigt sich auch in dem gemeinsamen Entschließungsantrag „Diskriminierung in Sicherheitsbehörden entgegnet“, von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, der am 17. Juli im Plenum im Beisein des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff diskutiert wurde (die GdP berichtete darüber auf der Homepage). Es sollte den Regierungsfractionen vielmehr um die stärkere Anerkennung der immer schwieriger werdenden Polizeiarbeit gehen, ebenso darum, den Beruf attraktiver zu gestalten und wertschätzen mit den dort arbeitenden Beschäftigten umzugehen. Es reicht nicht, sich verbal hinter die Polizei zu stellen, wenn das Handeln anders wahrgenommen wird.

Daher kann es nur heißen: Beschwerdestelle abwickeln und das freiwerdende Geld für eine endlich angebrachte gerechte Bezahlung der Beschäftigten, z. B. durch die Rücknahme der Abschmelzung der Zulagenzahlung für Schreibkräfte, einsetzen.

DS



KOMMENTAR**Landesfrauenvorsitzende
zur Beschwerdestelle**

Laut NWZ-Artikel vom 1. Juni 2015 ergab eine Auswertung der „Beschwerdestellenstatistik“ durch das Niedersächsische Innenministerium, dass in den sechs Monaten bereits 164 verhaltensbezogene Beschwerden über Polizeibeamte/-innen eingegangen sind. Hiervon seien 128 aufgeklärt, wobei 44%, also fast die Hälfte, unbegründet waren. Die Inhalte befassen sich überwiegend mit dem Verhalten der Polizeibeamten/-innen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Durch den Koalitionsvertrag wurde diese Beschwerdestelle bereits im letzten Jahr ins Leben gerufen, obwohl die GdP wie auch der Polizeihauptpersonalrat die Einrichtung mit mehreren, wie ich meine, guten Argumenten abgelehnt hatten.

Beim Lesen des Artikels in meiner Heimatzeitung habe ich spontan gedacht: Wie bei Holiday check, kein Lob, aber einige Kritiker setzen sich an den Rechner und geben ihren Unmut preis. Leider dann eine Zahlenveröffentlichung ohne jegliche Relation.

Ich habe dann einfach mal gedanklich durchgerechnet, was die Auswertung in Zahlen und Fakten tatsächlich bedeutet. Wir haben mehr als 18 000 Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil sogar 24 Stunden am Tag bei sie-



Anja Surkau

Foto: GdP

ben Tagen in der Woche und das Monat für Monat teilweise sehr lebhaften Kontakt mit oftmals einsichtigen, leider aber oft auch uneinsichtigen Bürgern/-innen, Gewaltbereiten und auch Kriminellen haben. Gerade für Letztere ist die Polizei ja da.

Rechnen wir nur mal über den Daumen, dass ein durchschnittlicher Kollege im Einsatz- oder Ermittlungsdienst in den ausgewerteten sechs Monaten bei theoretisch ca. 960 Stun-

den nur alle zwei Stunden einen Einsatz-/Bürgerkontakt mit einem polizeilichen Gegenüber hatte. Wir kommen so auf rechnerisch 480, ach, sagen wir mal 300 Kontakte. Das multiplizieren wir jetzt mal schnell mit rund 18 000 in der niedersächsischen Polizei arbeitenden Vollzugsbeamten/-innen und ziehen vorsichtshalber noch mal grob gegriffen 8000 „Innendienstler“ ab.

Ergibt mal so locker 3 Mio. potenzielle Beschwerdemöglichkeiten, sprich Bürgerkontakte. Dieser Zahl gegenüber stehen 56,3 unbegründete und 71,7 überprüfungswürdige Beschwerden, von denen lediglich 8 begründet waren.

Noch anders gerechnet: Bei 33 Polizeieinspektionen in Niedersachsen (lassen wir die ZPD und das LKA mal außen vor) bedeuten 164 verhaltensbezogene Beschwerden in sechs Monaten genau 0,8282 Beschwerden pro Monat pro Polizeieinspektion.

Bitte nicht falsch verstehen. Jede wirklich begründete Beschwerde verdient eine offene und kritische Aufarbeitung. Aber wäre das nicht auch zu gewährleisten gewesen, wenn die örtlichen Inspektions- oder Dienststellenleiter hier die Verantwortung behalten hätten?

**Staatssekretär Stephan Manke im Gespräch
mit Vertretern der JUNGEN GRUPPE**

Mitglieder des Landesjugendvorstandes haben sich am 8. Juli 2015 mit Innenstaatssekretär Stephan Manke zu einem Gespräch im Innenministerium in Hannover getroffen.

Marcel Szpadzinski, Kevin Komolka, Jan Fischer und Jannik Otto vom Landesjugendvorstand haben sich in einem Gespräch mit dem Innenstaatssekretär über aktuelle Themen ausgetauscht.

Im Vordergrund standen die Themen „Steigender Personalbedarf bei der Polizei“, „Persönliche Schutzwesten und Nachrüstung von Stichschutz“, „Stärkung des Ehrenamtes“ sowie „Sonderurlaubsregelung bei der Pflege von Familienangehörigen“.

Gleichzeitig fand ein Rückblick auf Themen des letzten Gespräches aus Oktober 2013 statt.

„Es war wieder einmal eine sehr angenehme Gesprächsatmosphäre und gemeinsam konnten wir aktuelle Themen offen ansprechen.“

Gemeinsam mit Herrn Manke fand ein reger Austausch von Informationen statt“, so Landesjugendvorsitzender Kevin Komolka.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) und Herr Manke haben weitere Gespräche in kürzeren Abständen vereinbart.

Gleichzeitig sollen Gespräche mit den Behördenleitern fortgesetzt werden.

Jannik Otto



Vertreter der JUNGEN GRUPPE (GdP) zu Gast bei Staatssekretär Manke Foto: Janina Ehlers



Die Polizey von heute

Noch nie gab es bei der Generation junger Polizeibeamtinnen und -beamten in Niedersachsen so viele mit einem Abitur als Schulabschluss. Jährlich entscheiden sich rund 700 Abiturienten für ein Studium an der Polizeiakademie. In Zeiten anhaltender Krisen (kleine Auswahl: Bankenkrise, Eurokrise, Klimakrise, Flüchtlingskrise, Ukrainekrise, Türkeikrise) offenbart der Polizeiberuf der jungen Polizeigeneration einen Garantieschein für eine abgesicherte Existenz. Und doch stellt sich die Frage, warum so viele junge Beamtinnen und -beamte ein Zweitstudium absolvieren oder sich bereits nach wenigen Jahren in ihrem Beruf desillusioniert fühlen. Ist es der Drang nach Wissen oder eher Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens?

Die Überschrift wirft Fragen auf. Was hat die altpreußische Schreibweise *Polizey* mit der jungen Polizeigeneration der Gegenwart zu tun? Im 18. Jahrhundert galten noch Treue zu Staat und König, Tapferkeit und Gehorsam zu den erstrebenswerten preußischen Tugenden von *Polizey* und Militär. Zwar zählt auch heute noch das Dienst- und Treueverhältnis zu den hergebrachten Grundsätzen

des Berufsbeamtentums, doch zu welchem Preis bietet es Jobgarantie und Fürsorgepflicht an? Diese Frage stellt sich die heutige *Polizey*. Gemeint ist die sogenannte Generation Y im Alter von 20 bis 35 Jahren. Eine Generation, die in unzähligen Studien und Artikeln als unabhängig, selbstbestimmt und fordernd beschrieben wird. Der Buchstabe Y wird im Englischen wie das Fragewort *why* ausgesprochen: Warum? Warum, fragen sich viele junge Polizistinnen und Polizisten, sollen sie in der heutigen Zeit den lebenslangen Treueeid zum Dienstherrn eingehen, wenn ihnen dadurch ein großes Stück Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit verloren geht?

Was die Generation wie keine vor ihr bewegt, ist die Frage nach dem Sinn der Arbeit. Geld allein ist nicht mehr die Quelle für Inspiration und Erfüllung. Es ist vielmehr der Wunsch nach persönlicher Weiterentwicklung in einem sinnstiftenden Arbeitsumfeld. Neutral betrachtet bietet der Polizeiberuf einen spannenden, abwechslungsreichen und sinnhaften Job. Und trotzdem streben viele Polizeibewerber, junge Kommissarinnen und Kommissare in andere Berufe oder fangen nebenbei ein Studium

an. In der Generation Y steckt ein riesiges Potenzial an Wissens- und Lernbereitschaft. Dieses zu fördern und für die Organisation nutzbar und konservierbar zu machen, stellt eine große Herausforderung innerhalb der niedersächsischen Polizei dar.

Der Erfolg der Strategie 2020 wird daher auch davon abhängen, wie sehr sich die Mentalitäten und Erwartungen der unterschiedlichen Polizeigenerationen, der Alten und der Jungen, miteinander vereinbaren lassen. Für die GdP kann sie nur dann erfolgreich sein, wenn die Ziele der Generation Y nicht auf Kosten der älteren Generationen umgesetzt werden. Umgekehrt darf die gesteigerte Motivation nach mehr Selbstverwirklichung nicht am Einwand der Älteren scheitern. Letztendlich verdient jede Generation das Maß an Wertschätzung, dass sie verdient hat. Bleibt der Appell an die *Polizey* sich einzumischen und sich für die Zukunft einer modernen und zeitgemäßen Organisation einzusetzen. Sei es in der Kreisgruppe der Gewerkschaft, bei der JUNGEN GRUPPE oder bei den Personalratswahlen 2016 – Möglichkeiten zur Mitgestaltung gibt es viele.

Von Christopher Finck

INTERVIEW

Jurastudium neben dem Polizeidienst

Immer mehr junge Polizistinnen und Polizisten studieren neben ihrem eigentlichen Polizeidienst Fächer wie Jura, Politik oder Betriebswirtschaftslehre. Die Frage nach einem Zweitstudium war auch Bestandteil der Mitarbeiterbefragung im Juli und August 2015. Die Landesredaktion der GdP hat bereits vor Veröffentlichung der Ergebnisse mit einem jungen Polizeibeamten aus Hannover ein Interview über seine Erfahrungen mit einem Zweitstudium im Polizeidienst geführt. Kai Wendt ist 27 Jahre alt, seit 2006 Mitglied in der GdP und aktuell in der Verfügungseinheit der PI Ost tätig.

DP: Immer mehr Kollegen und Kolleginnen studieren neben dem Dienst. Auch du hast dich für ein Stu-

dium neben deiner Tätigkeit als Polizeibeamter entschieden. Wie kam es dazu?

Kai Wendt: Ich habe 2006 als 18-Jähriger mit dem Studium bei der Polizei angefangen und war gerade mal 21, als ich fertig war. Im Praktikumsteil 3 während meiner Verwendung in einer Ermittlungsgruppe für Betäubungsmittel habe ich sehr eng mit der Staatsanwaltschaft zusammengearbeitet. Das fand ich äußerst interessant und daher entschloss ich mich letztendlich dazu, neben meinem Beruf Jura zu studieren.

DP: Welchen Studiengang belegst du und seit wann?

Kai Wendt: Ich studiere seit Oktober 2010 an der Universität Hannover Rechtswissenschaften. Der universi-

täre Teil des Studiums schließt mit dem 1. juristischen Staatsexamen ab und hat eine Regelstudienzeit von neun Semestern. Im Anschluss daran kommt das Referendariat von ca. vier Semestern und endet mit dem 2. juristischen Staatsexamen. Ich habe soeben das Studium erfolgreich absolviert und habe nun das 1. Staatsexamen. Wie es nun weitergeht, kann ich noch nicht genau sagen. Mal sehen, was sich da ergibt.

DP: Wie konntest du das Studium neben dem Beruf in deinen Alltag integrieren?

Kai Wendt: Die ersten vier Semester habe ich noch ganz normal gearbeitet. Habe versucht, hauptsächlich nachts und am Wochenende zu arbeiten bzw. meine Dienste um die Vorle-



INTERVIEW**Studium neben dem Polizeidienst****Foto: PM**

sungen herumzulegen. Dann hatte ich den Rest der Zeit, um zu studieren. Seit dem fünften Semester arbeite ich nur noch 24 Std. die Woche und habe so die intensivere Studienzeit bewältigen und mich auch einigermaßen stressfrei auf das Examen vorbereiten können.

DP: Ein berufsbegleitendes Studium stellt zweifelsohne eine spürbare Doppelbelastung dar. Wie wichtig ist aus deiner Sicht hier die Unterstützung vonseiten der Familie und auch von der Dienststelle?

Kai Wendt: Meine Familie wohnt leider zu weit weg, aber sie hat es insgesamt befürwortet. Als ich 2010 von Walsrode nach Hannover gewechselt bin, habe ich rechtzeitig das Gespräch mit meinem Dienstgruppenleiter gesucht. Dieser und der Leiter der Verfügungseinheit haben das Ganze von vornherein befürwortet und unterstützt. Sie haben mir immer gute Ratschläge gegeben und den Rücken freigehalten. Ganz wichtig war aber auch die Unterstützung meiner Kollegen. Die mussten ja quasi mein „weniger“ an Dienst kompensieren. Das war aber nie ein Problem und ich hatte auch immer einen Kollegen, der für mich eingesprungen ist, falls es doch mal zu einem spontanen Einsatz gekommen ist und ich an dem Termin eigentlich eine Klausur gehabt hätte. Die Kollegen im dienstfrei haben sich dann immer sehr schnell gemeldet und ausgeholfen. Im Gegenzug habe ich dann auch Dienste

übernommen, an denen meine Kollegen nicht konnten. Das Reduzieren der Wochenarbeitszeit ging auch relativ unproblematisch, da sich vor allem mein Dienstgruppenleiter und der Leiter der Verfügungseinheit dafür ausgesprochen haben.

DP: Inwiefern war dir dein zusätzlich erlangtes Wissen bereits im Dienst hilfreich?

Kai Wendt: Ich bin durch das Studium natürlich noch viel rechtssicherer geworden, welches mir das Handeln im Dienst erleichtert und auch die Begründung meiner Maßnahmen. Man muss aber sagen, dass das Jurastudium ziemlich theoretisch ist und von unserer täglichen Praxis doch sehr stark abweicht.

DP: Mit welchen Kosten müssen Kollegen und Kolleginnen rechnen, die sich gleichermaßen für ein Studium neben dem Dienst entscheiden?

Kai Wendt: Die Studiengebühren für Niedersachsen in Höhe von 500 € werden zum Glück nicht mehr erhoben. Dennoch muss pro Semester ein Beitrag von circa 350 € bezahlt werden für Verwaltungskosten, Semesterticket etc. Kauft man sich die empfohlenen Lehrbücher, muss man auch recht hohe Summen aufbringen. Die meisten davon gibt es aber auch kostenfrei in der Bibliothek.

DP: Welche Tipps würdest du anderen geben, die ebenfalls mit dem Gedanken spielen, ein berufsbegleitendes Studium zu beginnen?

Kai Wendt: Jedem Kollegen und jeder Kollegin, die mit dem Gedanken spielen, ein weiteres Studium zu beginnen, kann ich nur raten, es auch zu tun. Es ist natürlich ein Mehr an Belastung und erfordert zusätzliche Organisation, aber im Nachhinein lohnt es sich und man muss sich in späterer Zukunft nicht darüber ärgern, es nicht zumindest versucht zu haben. Aus meiner Erfahrung heraus kann ich nur raten, damit offen umzugehen. Das erleichtert die Organisation des Dienstes ungemein. **PM/CF**

Fachtagung Bereitschaftspolizei am 29. Oktober 2015

Der Fachausschuss Bereitschaftspolizei der GdP Niedersachsen veranstaltet am Donnerstag, dem 29. Oktober 2015 in der Zeit von 9.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr im Freizeithaus Ricklingen eine Fachtagung. Am Vormittag werden der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder, Wolfgang Lohmann (angefragt), und der Landespolizeidirektor im LPP Niedersachsen und derzeitige Vorsitzende im UA FEK des AK 2, Knut Lindenau, mit ihren Fachreferaten „Bereitschaftspolizei – unverzichtbar für die polizeiliche Einsatzbewältigung“ und „Aktuelle Einsatzlagen-Bewältigung des polizeilichen Einsatzgeschehens durch Einsatzeinheiten“ Impulse setzen. Am Nachmittag werden in einer Podiumsdiskussion mit dem LPD Knut Lindenau, der Präsidentin der ZPD NI, Christina Berg, dem AL 2 der ZPD NI, Michael Zorn, weiteren Führungsverantwortlichen und -kräften der Bereitschaftspolizei Niedersachsen und dem Fachausschussvorsitzenden Bereitschaftspolizei der GdP diverse bereitschaftspolizeiliche Themen im Kontext mit der aktuellen Sicherheitslage diskutiert.

Eingeladen sind alle interessierten Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei und der LEO „Leine“-Einheiten des PED.

**Dieter Käufer,
Vorsitzender
des Fachausschusses Bepo**



GdP-Einsatzbetreuung in Bad Nenndorf

Am 1. August 2015 waren bei sehr schönem, sonnigem Wetter zum wiederholten Male eine Vielzahl von Einsatzkräften zum „Schutz“ eines rechtsgerichteten Aufzuges in Bad Nenndorf eingesetzt. Den Kolleginnen und Kollegen ist es erneut gelungen, in einem spannungsgeladenen Umfeld sehr professionell und engagiert dafür zu sorgen, dass der Einsatz einen guten Verlauf nahm. Als GdP waren wir mit einem zweiköpfigen Betreuungsteam sowie den örtlichen Personalratsverantwortlichen vor Ort. Schwerpunkt waren die Gespräche mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, für die als kleines Mitbringsel Lippenpflegestifte und Pfefferminzriegel verteilt wurden. Aber auch „Lobbyarbeit“ mit vor Ort vielfach vertretenen politischen Verantwortungsträgern und Gespräche mit der Einsatzleitung standen auf dem Programm. Kleinere Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge wurden aufgenommen und weitergegeben. Im Kern aber kann trotz Hitze, Einsatzbelastung und der leider doch erforderlichen vereinzelt Anwendung von Zwangsmitteln von einem sehr erfolgreichen Einsatz gesprochen werden.



Engagierte Gewerkschaftsmitglieder bei der Einsatzbetreuung

Foto: Ralf Hermes

Nicht akzeptabel ist, dass durch einen Böllerwurf linker Extremisten zwei Einsatzbeamte verletzt wurden. Vor Ort: GdP-Betreuungsteam mit Carmen Siebert und Hartmut Freyer aus Hameln sowie vom Personalrat die örtlichen Vorsitzenden Michael

Stieg, Göttingen, und Klaus Timke, Nienburg. Linde Becker-Huntgeburth informierte sich für den Bezirkspersonalrat Göttingen insbesondere über die Situation der eingesetzten Tarifbeschäftigten.

Ralf Hermes

NACHRUF

Ehemaliger Landesseniorenvorsitzender Horst Nolte verstorben

Nach längerer Krankheit ist im Alter von 79 Jahren am 4. Juli 2015 Horst Nolte verstorben.

Er trat 1954 in die Gewerkschaft der Polizei ein und engagierte sich während seiner Dienstzeit viele Jahre als Vorsitzender der Kreisgruppe Lüchow sowie als Vorsitzender und anschließend bis Ende 1995 als stellv. Vorsitzender der Bezirksgruppe Lüneburg. Mehrere Jahre war er Vorsitzender Fachausschuss Schutzpolizei der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen.

Kollege Nolte wirkte als Personalratsmitglied der LPSN Uelzen, als langjähriger Personalratsvorsitzender der SPI Lüchow und von 1987 bis 1996 als freigestelltes Mitglied des Polizeibezirkspersonalrates bei der

Bezirksregierung Lüneburg sehr engagiert für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen.

Mit dem Eintritt in den Ruhestand wurde er 1996 zum Sprecher der Senioren der Kreisgruppe Uelzen gewählt und war somit Mitglied im Vorstand der Bezirksseniorengruppe Lüneburg.

Auf der 3. Landesseniorenkonferenz im April 1997 wurde er zum Vorsitzenden des Landesseniorenvorstandes der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen gewählt und war somit auch Mitglied im Bundesseniorenvorstand.

In diese Amtszeit fiel unter anderem 1999 die Jubiläumsfeier „50 Jahre Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen“. Für die Aufgabe des

Landesseniorenvorsitzenden, die Kollege Horst Nolte mit Engagement und großer Ernsthaftigkeit ausfüllte, hat er 2001 aus Altersgründen nicht wieder kandidiert und sein aktives Wirken für die Gewerkschaft der Polizei beendet.

Für sein Engagement für die Polizei wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Die Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen wird den Kollegen Horst Nolte und sein gewerkschaftliches sowie personalvertretungsrechtliches Wirken ehrend und mit Dank in Erinnerung halten.

Erwin Jark,
Landesseniorenvorsitzender





ab
1299 €

Rom und Golf von Neapel

9-tägige Reise vom 13. bis 21. Mai 2016

Anmeldeschluss: 14. September 2015

Leistungen, die überzeugen:

- Zug-zum-Flug (2. Klasse)
- Flüge von Hamburg und Hannover (jeweils mit einem Umstieg) nach Rom und zurück, von Neapel in der Economy Class, 23 kg Freigepäck
- Luftverkehrssteuer, Flugsicherheitsgebühren und Steuern
- Flughafenstransfer Rom – Hotel
- Jeweils 1 x inerrömischer Transfer am Morgen der Reisetage 2 und 3
- Busfahrt von Rom über Neapel nach Massa Lubrese
- Ausflüge / Besichtigungen in landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage gemäß Reiseverlauf
- 3 x Hotelübernachtungen im Hotel Presidente in Rom (4-Sterne-Hotel der Landeskategorie) in Zimmern mit Bad oder Dusche / WC, 3 x Frühstücksbuffet
- 5 x Hotelübernachtungen im Hotel Punta Campanella (4-Sterne-Hotel der Landeskategorie) in Standardzimmern zur Landseite ohne Balkon mit Bad oder Dusche / WC
- 5 x Frühstücksbuffet und 5 x Abendessen im Hotel (ohne Getränke)
- Sorrent mit sorrentinischer Halbinsel und 1 x Mittagsimbiss auf einem Landgut
- Ausführliche Stadtspaziergänge in Rom incl. Eintritt für das Kolosseum und Forum Romanum
- Beeindruckende Ruinenstadt Pompeji (incl. Eintritt) und Vesuv
- Bezaubernde Amalfitana mit Amalfi (inkl. Eintritt Dom) und Ravello (inkl. Eintritt für die Gärten der Villa Rufolo)
- Tagesausflug nach Capri
- Deutsch sprechende Reiseleitung und GdP Reisebegleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen und ausgewählte Reiseliteratur

Ihr Hotel in Rom: 3 Nächte im Hotel Presidente. **Ihr Hotel am Golf von Neapel:** 5 Nächte im Hotel Punta Campanella / Massa Lubrese. Beide Hotels: ****-Sterne Landeskategorie.

Auf dieser Reise fällt vor Ort eine Bettensteuer an, die direkt von dem Hotel erhoben wird: Hotel Presidente 6,- € pro Nacht, Hotel Campanella 1,50 € pro Nacht.

Reiseverlauf:

1. Tag: Flug ab Hamburg und Hannover (mit Umstieg) nach Rom • **2. Tag:** Rom und seine Monumente: Petersdom, Piazza Navona, Pantheon • **3. Tag:** Antikes Rom: Kapitol, Forum Romanum, Kolosseum • **4. Tag:** Rom – Neapel – Golf von Sorrent • **5. Tag:** Sorrent: Perle am Golf • **6. Tag:** Tagesausflug nach Capri • **7. Tag:** Bezauberndes Amalfitana • **8. Tag:** Pompeji und der Vesuv. • **9. Tag:** Abschied von Bella Italia.

Preis pro Person im Doppelzimmer

1.299 Euro

Einzelzimmerzuschlag

360 Euro

DZ mit Meerblick und Balkon

Zuschlag **39 Euro**

Hotel Punta Campanella



Fotorechte: Gebeco.



Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Seniorengruppe Niedersachsen

c/o GdP-Touristik
Berckhusenstraße 133 a

30625 Hannover

Telefon 05 11 / 5 30 38 10

Telefax 05 11 / 5 30 38 50

service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel, die Sie auch auf der Internetseite www.gebeco.de finden.

Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 30.

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termincheck

JHV KG Lüneburg

Die Kreisgruppe Lüneburg lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung (mit Kandidatenwahl für die Personalratswahl) am Mittwoch, dem 16. September 2015, um 16.30 Uhr ins Behördenzentrum Auf der Hude, Saal 1, ein. Für das leibliche Wohl wird gesorgt.

Der Vorstand

Seminar für Rentnerinnen und Rentner

Am 27. und 28. Oktober 2015 führt die Landesseniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei Nds. ein Seminar speziell für Rentnerinnen und Rentner im Land- und Tagungshotel „Jeddinger Hof“ in Visselhövede durch. Das Programm beinhaltet neben gewerkschaftlichen Themen u. a. Vorsorge wie Vollmachten, Patientenverfügung, Testament, Versicherun-

gen und Wohnen im Alter sowie die Pflegeversicherung.

Meldung zum Seminar über den jeweiligen Seniorenvorsitzenden der Bezirksgruppen oder per E-Mail an die GdP-Landesgeschäftsstelle: gdp-niedersachsen@gdp.de oder Tel. 05 11/53 03 70.

Erwin Jark,
Landesseniorenvorsitzender

Ausflug der Oldenburger Seniorengruppe am 13. Oktober 2015 nach Bremen

Am Dienstag, 13. Oktober 2015, planen die Seniorinnen und Senioren der KG Oldenburg Stadt und der KG Bepo Oldenburg die Besichtigung des Schulschiffes „Deutschland“ in Bremen-Farge. Das Treffen ist für den 13. Oktober 2015, um 8.30 Uhr, auf dem Parkplatz an der Weser-Ems-Halle geplant. Von dort aus fahren die Teilnehmer in Fahrgemeinschaften zum Besichtigungsort. Näheres erfolgt mündlich. Anmeldungen bitte bis 6.

Oktober 2015 an Werner Donth 04 41/7 57 88.

Werner Donth, Seniorensprecher KG Bepo Oldenburg

JHV der KG Aurich

Am Donnerstag, 17. September 2015, findet ab 17 Uhr die Jahreshauptversammlung der KG Aurich in der Gaststätte „Zum Sandkrug“, Egels Str. 176, 26605 Aurich, OT Wiesens, statt.

Im Rahmen dieser JHV werden langjährige Mitglieder für 50, 40 u. 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Ferner wird der Wahlvorschlag für die Personalratswahl 2016 vorgestellt. Als Gastredner wird Klaus Dierker, stellv. Landesvorsitzender, zu aktuellen Themen Stellung nehmen. Im Anschluss lädt der Vorstand alle Mitglieder zu einem gemütlichen Grillabend ein.

Um verbindliche Anmeldung wird bis zum 11. September 2015 unter 0 49 41/6 06-3 48 oder 01 71/8 35 67 73 gebeten.

Christoff Leerhoff



JHV der KG Northeim

Die JHV der KG Northeim findet am 24. September, ab 16.30 Uhr in Einbeck-Iber im Gasthaus Arndt in gewohnter Weise statt. Neben Berichten und Vorstellung der Kandidaten für die Personalratswahlen 2016 soll es eine Podiumsdiskussion zum Thema Organisationsuntersuchung geben. Im Anschluss wird ein Essen gereicht. Anmeldungen zur Versammlung bitte über die Vertrauensleute oder die zeitgerecht ausgelegten AnmeldeListen auf den Dienststellen.

Detlef Martin, KG-Vorsitzender

Delegiertenversammlung der BG PD Göttingen

Am 30. September 2015 führt die BG ihre diesjährige Delegiertenversammlung in der Waldgaststätte Schweizerlust in Liebenau durch.

Die Delegierten werden dabei aufgerufen, ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirkspersonalrats- und Hauptpersonalratswahl 2016 zu nominieren. Außerdem finden Teilwahlen zum Vorstand statt.

Der Vorstand erwartet neben den Delegierten zahlreiche Gäste und interessante Diskussionen zum diesjährigen Motto: „Was macht **uns** stark?“.

Harald Calsow

Motorradtreffen zum Tag der Deutschen Einheit in Hannoversch Münden

Am 3. Oktober 2015 jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum 25. Mal. Aus diesem Anlass führt die GdP vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Hannoversch Münden für Mitglieder und Freunde der GdP ein bundesweites Motorradtreffen mit Podiumsdiskussion und Ausfahrt nach Frankfurt/Main zu den Feierlichkeiten durch. Das Treffen wird ausdrücklich von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius begrüßt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Unterbringung erfolgt in Zimmern der PA Niedersachsen. Die Kosten für zwei Übernachtungen inkl. Essen und Getränke belaufen sich auf 70 € pro Person. Anmeldungen bis zum 4. September 2015 per E-Mail an tanja.richter@gdp.de oder telefonisch unter 0 30/39 99 21-1 11. Nähere Infos: http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Home_DE

Red.

Frauen fahren fort

Auf eine von der GdP-Frauengruppe privat organisierte Reise begaben sich 23 Kolleginnen aus Niedersachsen auf Mini-Kreuzfahrt. Von Kiel nach Oslo ging die Reise.

Für die meisten war allein das Schiff der Color Line ein Erlebnis. Wenn man nicht wüsste, dass man an Bord weilt, könnte man genauso gut denken, man sei in einer kleinen Stadt. Restaurants, Cafés, Boutiquen, Geschäfte, Pubs mit Livemusik, Varieté, Disco, Casino, Wellnessoase, Schwimmbad, Panorama- und Sonnendeck.

Gewerkschaftliche Themen bei u. a. Windstärke 8 mit beeindruckenden fünf Meter hohen Wellen, Nudelsalat im gläsernen Lift und natürlich die Offenheit aller Frauen machte die Reise kurzweilig, spannend und abwechslungsreich. Dass wir uns nicht kannten, war nicht zu merken. Alle verstanden sich auf Anhieb und

tauschten sich angeregt aus. Sogar der Wissensdrang unserer „Küken“ konnte gestillt werden.

In Oslo angekommen erkundeten die einen die Stadt per Stadtrundfahrt, die anderen zu Fuß. Alle kamen auf ihre Kosten und waren begeistert. Zu den gemeinsamen Essen kamen alle wieder zusammen. Ein Highlight waren die abendlichen Schlemmerbuffets. Es gab keine Frau, die neben diversen Meeresfrüchten, Fleischspezialitäten nebst allen möglichen Beilagen, frischen Salaten, einem Obst-, Nachspeisen- sowie Tortenbuffet irgendetwas vermisst hätte. Nicht einmal ihr Zuhause. Tenor war, dass es schön war, in solch einem Ambiente endlich mal Zeit für Gespräche zu haben. So etwas wolle man wieder machen. Man tauschte Telefonnummern aus und bleibt in Kontakt. Denn jede wollte wieder dabei sein, wenn es 2016 heißt: **Frauen fahren fort.**

Anja Surkau, Landesfrauenvorsitzende



Mitglieder der Frauengruppe auf großer Fahrt nach Oslo

Foto: GdP

NACHRUFE

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Alpert, Irmgard	12. 7. 1925	Krs.-Gr. Hannover-Stadt
Beusing, Manfred	20. 11. 1941	Krs.-Gr. Celle
Dettmer, Patrick	8. 11. 1979	Krs.-Gr. Hannover-Stadt
Grabowsky, Reinhard	4. 11. 1913	Krs.-Gr. PI Garbsen
Revermann, Agnes	24. 2. 1920	Krs.-Gr. Emsland
Schulz, Margret	19. 12. 1924	Krs.-Gr. Leer/Emden

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

